

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Allensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Goldpfennige. Die Einschrammer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Erscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vorkauf. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennig, die Wochenzeile 35 Goldpfennig. Zahlbar innerhalb 3 Tagen. — Für telegraphisch erteilte Aufträge Anzeigen mit keine Gewähr.

Nr. 297.

Allensteig, Mittwoch den 19. Dezember.

Jahrgang 1923

Die Beamtenfrage.

Die schwierige Finanzlage des Reichs ist in dem Augenblick voll in Erscheinung getreten, wo sich mit der Überbrechung des Notendrucks die Notwendigkeit ergab, wieder einen übersichtlichen Etat aufzustellen, das heißt die Ausgaben mit den verfügbaren Einnahmen in Einklang zu bringen. Und da ergab sich die erschreckende Folgerung, daß die Mittel nicht mehr ausreichen, um die Beamtengehälter auf einer angemessenen Höhe zu erhalten. Beamtenabbau mit gleichzeitiger Herabsetzung der Beamtengehälter — das sind Maßnahmen, die nur durch den schwersten Existenzkampf des Staates sich rechtfertigen lassen, und die darum die genaueste Nachprüfung ihres Ausmaßes zur selbstverständlichen Pflicht machen. Der Finanzkommission des Reichstages stellt diese Nachprüfung an, und die Eingaben der Beamtenschaft geben ausreichende Anhaltspunkte für die Beurteilung der Dinge im Einzelnen.

Die Unruhe und Erregung der Beamtenschaft ist nur zu begreiflich. Es handelt sich, wie die „Frankf. Ztg.“ mit Recht betont, für sie um einen Existenzkampf. Sie sollen sich mit Gehältern abfinden, die sie noch vor einigen Wochen für untragbar gehalten hätten. Zwar haben sich inzwischen die Lebenshaltungskosten vermindert, aber sie befinden sich immer noch weit über der Friedenshöhe, während die Gehälter in den Anfangsstufen auf 50 bis 60 Prozent, in den Endstufen noch unter 50 Prozent des Friedensstandes herabgesetzt werden sollen. Und da die Gehälter auch in den früheren Friedenszeiten gewöhnlich ein knappes Leben gestatteten, sondern gerade ein anständiges Durchkommen ermöglichten, so bedeutet die jetzige Herabsetzung für die Beamten den Zwang zu größten Entbehrungen und stellt an ihre Opferwilligkeit für den Staat ganz außerordentliche Ansprüche. Niemand kann es ihnen verdenken, wenn sie alle Anstrengungen machen, um Milderungen zu erreichen, wenn sie namentlich eine Erhöhung der Frauen- und Kinderzulagen anstreben, und sich recht nicht, wenn sie sagen, daß sie nicht allein Opfer bringen wollen, daß alle Staatsbürger in gleichem Maße zur Erhaltung des Staates beitragen müssen. Hierin liegt in der Tat der Kernpunkt der ganzen Frage: nur wenn alle gleichmäßig für den Staat opfern, kann dieser gesunden, und dann kann auch die Notlage der Beamten wieder beseitigt werden; bei Uebergangszeit so kurz wie möglich zu gestalten, muß die allerdringlichste Aufgabe sein.

Ohne den Hinblick auf die Finanzkatastrophe müßte man ohne weiteres die Beamtengehälterregelung als untragbar bezeichnen. Die die Dinge aber leider liegen, muß die Frage lauten: Was kann der Staat noch aufbringen? Und da erklärt die Reichsfinanzverwaltung, das Darzubotene sei das Auserbiete, was zurzeit beschafft werden könne, und auch Beamtenvertreter haben auf Grund der ihnen gegebenen Einsicht ihren Kollegen versichert, die Regierung sei nicht in der Lage, den Beamten eine höhere als die vorgeschlagene Besoldung zukommen zu lassen; ja selbst dann balanciert der Etat noch nicht wegen der gesteigerten Ausgaben für das Ruhrgebiet. Das es so weit gekommen ist, daran tragen die Gehaltserhöhungen eine Mitschuld, weil sie nicht rechtzeitig für neue Steuererhebungen gesorgt haben; namentlich die unangesehenen Regierungskassen haben in verhängnisvoller Weise die Reformen auf finanziellstem Gebiet verzögert. Auf der anderen Seite darf nicht außer Acht gelassen werden, daß sowohl in Nachwirkung der Kriegszeit als auch infolge der Komplizierung des Reichsbetriebs, namentlich im Steuerwesen, sich die Beamtenzahl stark vermehrt hat, daß auf eine stark verringerte Einwohnerzahl ein größerer Beamtenkörper kommt. Man hat den Beamtenabbau nicht rechtzeitig vorgenommen, als bei dem Mangel nach Arbeitskräften in der Industrie das Ausscheiden der Kriegshilfskräfte ohne besondere Härte möglich gewesen wäre, und man hat nicht in der richtigen Weise den Uebergang eines Teils der Betriebe und den Personalmangel in anderen auszugleichen verstanden. Die Folgen machen sich jetzt zum Nachteil der Beamtenschaft geltend und führen zu einer viel zu schematischen Abbanordnung, von der aber eine finanzielle Erleichterung in der nächsten Zeit überhaupt kaum zu erwarten ist. Eine Ausgabenentlastung kann also zunächst nur durch die Gehaltskürzung eintreten. Aber selbstverständlich ist die Forderung der Beamten nicht abzulehnen, daß auch alle übrigen Ausgabenposten auf ihre Unvermeidlichkeit nachzuprüfen sind, und daß jede andere Ersparnismöglichkeit den Beamten zugute kommen muß.

In den Verhandlungen des Finanzkommissionärs mit den Beamtenverbänden ist von den letzteren geordert worden, daß, wenn nicht die Grundgehälter erhöht werden könnten, dann wenigstens eine Erhöhung der sozialen Zulagen eintreten sollte. Das ist in der Tat auch besonders dringlich, namentlich eine Erhöhung der Kinderzulagen, damit die Kinder vor längerer Unterernährung geschützt werden. Aber auch da ertönt das Unmöglich des Reichsfinanzministeriums. Die Zahl der verheirateten Beamten ist über 80 Prozent der Gesamtzahl der Beamten — nach einer Statistik von 1921 waren nur vier Prozent der unteren, 12 Prozent der mittleren und 16 Prozent der höheren Beamten unverheiratet —, und auf den verheirateten Beamten sind ungefähr zwei Kinder zu rechnen. Auch kleine Erhöhungen würden danach finanziell fast ins Gewicht fallen und werden deshalb von der Regierung für untragbar gehalten, weil damit die Berechnungen über den Uebergangsetat wieder über den Haufen geworfen würden. Die Tatsache, daß die nächste Gehaltszahlung nur zum Teil geleistet werden kann und die Restzahlung um einige Tage hinausgeschoben werden muß, ist ja das deutlichste Spiegelbild der Finanznotlage, die zu einer so gefährlichen Sparmaßnahme an Beamtenkörper, diesen lebenswichtigsten Teil des Staatsorganismus, zwingt, eine Sparmaßnahme, die nur vorübergehend und nur auf kurze Zeit getrieben werden kann.

Wenn darüber man sich klar sein, daß dieses Prognostikum nicht auf die Dauer, auch nicht auf einen längeren Zeitraum anzuwenden ist. Sondern kann die Beamtenschaft die ihr auferlegte Belastungsprobe nicht mehr tragen. Sie hat sich in den schwersten Zeiten im Ganzen fest und intakt erhalten, trotz aller Entbehrungen der Kriegszeit und der Nachkriegszeit. Die schwere Wirtschaftskrise aber, in die sie jetzt gebracht wird, kann sie ohne schwere innere Entbehrung nur dann überleben, wenn sie weiß, daß es sich nur um einen Uebergangszustand handelt, den nach Möglichkeit abzukürzen und zu erleichtern alle gleichmäßig bestrebt sein müssen. Es ist ganz selbstverständlich, und wird gewiß auch von den Beamten nicht verkannt, daß das Vorgehen der Reichsregierung nicht auf schlechtem Willen beruht, sondern nur durch die furchtbare Notlage der Finanzen diktiert ist. Um so zwingender ist die Pflicht, unverzüglich durch eingreifende Maßnahmen für Abhilfe zu sorgen, auch für solche, welche die wirtschaftlichen Lasten vermindern, also vor allem für möglichst weitgehenden und allgemeinen Preisabbau. Und eines sollte man den Beamten schon jetzt in bestimmte Aussicht stellen: nicht nur für die Verbesserung der Gehälter, sobald die neuen Einnahmen fließen — auch Sonderzuschüsse in Nothfällen aus Sondererhebungen —, sondern auch Nachzahlungen zum Ausgleich der den Beamten auferlegten Entbehrungen. Mit dieser Aussicht wird es ihnen leichter werden, bis zu der hoffentlich bald kommenden besseren Zeit durchzuhalten.

Der deutsche Schritt und sein Ergebnis.

Poincares Antwort, die schriftliche sowohl wie die mündliche, auf das deutsche Verhandlungsstudium ist durchaus einseitig. In der Reparationsangelegenheit erklärt er, Frankreich könne keiner Regelung zustimmen, die nicht streng dem Friedensvertrag entspreche und insbesondere sei hierfür die Reparationskommission nach ebendemselben Vertrag das einzige Werkzeug, hierüber zu verhandeln. Diese eine deutsche Anregung ist also glatt abgelehnt. Nicht so glatt, aber trotzdem verständlich, ist die Antwort in der Rhein- und Ruhrfrage. Hierin sind eben Verhandlungen unvermeidlich. Poincare erklärt sich hierzu bereit. Jedoch nicht ohne Vorbehalte, die in den wichtigsten Punkten schwere Riegel vorstehen. Einmal schaltet das Rheinland in solchen Verhandlungen überhaupt aus; es hat seine Rheinlandkommission, die bekanntlich seit dem 11. Januar vielfach gegen das englische Mitglied derselben unter den schwersten Vertragsverletzungen regiert hat. Und über das Ruhrgebiet, über das er verhandeln zu wollen erklärt, versichert Poincare im selben Atemzuge, daß er den Beamten, an Ort und Stelle, den Chef der Zivil- und Militärbehörden, ihre Zuständigkeit nicht nehmen könne. Das seien nicht seine, sondern alliierte Beamte! Die „Alliierten“ sind bekanntlich — Franzosen und Vertreter eines Duodezstaates: Belgiens. Ihnen gegenüber erklärt sich der französische Ministerpräsident für unzuständig! Mit diesem Vorwand ist die Forderung nach Wieder-

herstellung der deutschen Verwaltung natürlich so gut wie abgelehnt. Dazu paßt die Weigerung, die ausgewiesenen Beamten nicht anders als von Fall zu Fall zurückkehren zu lassen nach dem Gutdünken dieser zuständigen alliierten lokalen Behörden. Und dann wiederholt der französische Ministerpräsident sein Generalsprinzip: die Ruhr ist unser Pfand und wird nur nach Maßgabe der Zahlungen geräumt.

So scheint auf den ersten Blick das Ergebnis des deutschen Schrittes gleich Null. Poincares Antwort gibt nirgends einen Anhaltspunkt dafür, daß er gegen Deutschland und seine Grenzlande anders zu verfahren gedenke als bisher. Das „Eho de Paris“ formuliert dieses Verfahren in diesem Augenblick wieder einmal dankbarerweise: Das System der französisch-belgischen Ueberwachung und die Möglichkeit eines neuen Druckes müssen gewahrt bleiben. Poincare konnte es sich nicht scheuen, bei dieser Gelegenheit gleich auf das andere Druckmittel zu verweisen: die Militärkontrolle. Das spricht deutlich! Glauben wir also ja nicht, daß Deutschland am Ende seines Leidensweges sei. Es ist ja auch noch nicht zerfallen und zerstückelt, trotzdem die Ruhr aus seinem Wirtschaftsverband genommen. Auch das übrige Deutschland ist noch zu groß. Es muß durch weiteren Druck doch noch die Ausführung erzwungen werden. Mit diesem unausgesprochenen Ziel gedenkt, wenn nicht alle Reichen tragen, der französische Ministerpräsident weiterzuarbeiten. Und es ist mehr als fraglich, ob ihm noch rechtzeitig jemand in den Arm fallen kann oder will.

Die belgische Antwort an Deutschland.

Brüssel, 18. Dez. Wie die belgische Telegraphen-Agentur mittelt, hat die belgische Antwort, die dem deutschen Geschäftsträger von Rüdiger überreicht wurde, folgenden Wortlaut:

Die belgische Regierung erklärt sich, nach dem Ende des passiven Widerstandes, bereit, mit der deutschen Regierung über die Fragen, die sie auf diplomatischem Wege zu unterbreiten gedenke, in Verhandlungen einzutreten. Der deutschen Regierung stehe es zu, gegebenenfalls konkrete Vorschläge zu machen, die Gegenstand einer zweckmäßigen Untersuchung oder auch einer eventuellen Erörterung bilden können. Die belgische Regierung glaubt indessen die Aufmerksamkeit des Berliner Kabinetts darauf hinlenken zu müssen, daß sie bei der Prüfung der ihr unterbreiteten Vorschläge die Absicht hat, sich mit den anderen verbündeten Regierungen, für die das Problem von Interesse sein könnte, ins Benehmen zu setzen. Sie muß gleichfalls betonen, daß der Versailles Vertrag revidiert werden muß, namentlich im Hinblick auf das Reparationsproblem, mit dem die Reparationskommission befaßt wurde, umso mehr, da diese soeben zwei Sachverständigenausschüsse eingesetzt hat und sie ferner die Prüfung der Sachverständigenarbeiten vornehmen muß. Schließlich betont die belgische Regierung, daß die Befugnisse der zuständigen alliierten Behörden an der Ruhr und im Rheinland beachtet werden müssen. Von dem Wunsch, die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens im unbefestigten Gebiet sowie die Regelung der administrativen Fragen und die Verlängerung der mit den Industriellen abgeschlossenen Verträge zu beschleunigen, nimmt die belgische Regierung Kenntnis, ferner, daß die deutsche Regierung nicht wünscht, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen und die Absicht hat, in dieser Beziehung die Verständigung herbeizuführen. Hier dient diese Gelegenheit, die deutsche Regierung noch einmal auf die besondere Wichtigkeit einer regelmäßigen Tätigkeit der interalliierten Kontrollkommission aufmerksam zu machen und um zu versichern, daß das Reich, solange die Verbündeten über diese Punkte nicht Genehmigung erlangen, nicht behaupten kann, die Verpflichtungen des Versailles Vertrages lokal auszuführen. Ohne Zweifel würde die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Kontrollkommission im Einverständnis mit den deutschen Behörden das nötige Vertrauen wieder herstellen. (Ganz wie Poincare! D. Schriftl.)

Neues vom Tage.

Die Besetzung des Pariser Votschaster-Posten. Berlin, 18. Dez. In parlamentarischen Kreisen verläutet nach dem „Tag“, daß die Absicht bestehe, den letzten Reichszankler vor der Revolution, den Prinzen Max von Baden, zum deutschen Votschaster in Paris zu ernennen.



v. Hösch Gesandter in Brüssel
Brüssel, 18. Dez. Hier geht das Gerücht um, daß Herr v. Hösch von der Reichsregierung zum Gesandten in Brüssel ernannt werden soll. Einem Brüsseler Blatt zufolge soll die Ernennung des Herrn von Hösch unmittelbar bevorstehen und die belgische Regierung bereits um ihre Ansicht befragt worden sein.

Die dritte Steuernotverordnung.
Berlin, 18. Dez. Das Reichskabinett beriet über die Grundlage der 3. Steuernotverordnung. Die steuerlichen Vorschläge des Reichsfinanzministers wurden unter Vorbehalt der endgültigen Formulierung grundsätzlich gebilligt. In den Einzelheiten der Aufwertungsforderung wurde ein Beschluß noch nicht gefaßt. Bestimmungen über die Verpfändung der Aufstellung von Goldbilanzen und über die Verlängerung von Bilanzfristen wurden genehmigt.

Reparationskommission und Lebensmittelpolitik.
Paris, 18. Dez. Die Reparationskommission wird sich am Mittwoch mit dem deutschen Erlaß um die Priorität für die Lebensmittelpolitik befassen.

England und die Reparationsfrage.
London, 18. Dez. Der deutsche Botschafter hat in einer einständigen Unterredung im Auswärtigen Amt die schwebenden Verhandlungen über die Reparationen und die Ruhrfrage besprochen.

Amerikanische Schritte zur Anleihefrage.
Washington, 18. Dez. Die amerikanische Regierung hat, wie der „Newport Herald“ mitteilt, jetzt Schritte unternommen, um mit Hilfe der amerikanischen Bankwelt eine Anleihe zu Gunsten Deutschlands vorzubereiten, die an Großzügigkeit alle bisherigen Finanzoperationen hinter sich lassen soll. Voraussetzung für ihre Zustandekommen ist jedoch, daß die Arbeiten der beiden Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission von Erfolg gekrönt sind. In amerikanischen Finanzkreisen wird die erwähnte Anleihe unter der Bezeichnung „Rehabilitation Loan“ eingeführt. Man erwartet, daß andere Länder, vor allem Großbritannien, sich an der Zeichnung der Anleihe beteiligen werden, doch soll diese in der Hauptsache in den Vereinigten Staaten selbst aufgebracht werden.

Die Steuernotverordnungen.
Berlin, 18. Dez. Auf Grund der Steuernotverordnung wird am 10. Januar die vierte Rate der Einkommensteuer zu zahlen sein. Am 28. Januar wird ein gleich hoher Betrag zur Abgeltung der Entwertung der Steuersummen im Jahr 1923 erhoben werden. Praktisch handelt es sich also um die Erhebung eines fünften Viertels der Einkommensteuer.

Wahrung von Ruhestörungen in Bayern.
München, 18. Dez. Staatskommissar Kahr erläßt eine öffentliche Warnung: „Es liegen Anzeichen vor, daß bestimmte Kreise die allgemeine Not, die von heute an morgen zu beheben in keines Menschen Macht steht, auszunutzen wollen, um ihre politischen Ziele zu verfolgen. Jede Störung der Ordnung muß die Not noch weiter verschärfen. Vor jedem solchen Versuch wird nachdrücklich gewarnt.“

2e. Schacht über die deutsche Währungsreform.
Büch, 18. Dez. In der Volkswirtschaftlichen Sachverständigenkommission des Kantons Aargau sprach der deutsche Währungskommissar Dr. Schacht über die deutsche Währungsreform. Er schilderte zunächst die Ursachen und die Entwicklung der deutschen Inflation, die durch die Ruhraktion und die Finanzierung des passiven Widerstandes durch das unbefestete Deutschland ihren verhängnisvollsten Stand erreicht und damit der Papiermark den Todesstoß versetzt habe. Alle Interventionen der Reichsbank hätten diese Katastrophe nicht aufhalten können. Der Redner erwähnte alsdann die gänzliche Ausschaltung der Papiermark aus dem Wirtschaftsleben und deren Uebergang zu einem wertbeständigen Gelde durch Ausgabe von Goldanleihepapieren und daran anschließend die Rentenmark. Er zeigte, wie es einer geschickten Emissionspolitik gelungen sei, den Dollarkurs auf 4,2 Billionen zu stabilisieren und die Rentenmark gleich einer Goldmark festzusetzen. Durch die entstandene Knappheit an Zahlungsmitteln sei zunächst ein Sturz der Effekten und dann ein Rückgang der Warenpreise bemerkt worden, außerdem habe die Knappheit einen Abstoß von Devisen im Gefolge gehabt, so daß sich im In- und Ausland die Papiermark stabilisiert habe und wieder zum Zahlungsmittel geworden sei. Dr. Schacht gab der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß bis zum Uebergang der Goldmark die Rentenmark ihren Wert behalten würde und daß es bereits am 1. April nach Eingang der Goldsteuern und einem durchgreifenden Beamtenabbau gelingen werde, den deutschen Reichsetat zu balancieren. Seine Hauptaufgabe werde sein, ein deutsches Goldgeld zu schaffen und zwar durch Gründung einer Goldkreditbank mit Hilfe des In- und Auslandes, die zu 50 Prozent mit Gold gedeckte Noten gegen dreimonatliche Handelswechsel ausgeben würde. Er glaubt, nicht vergeblich an die Hilfe des Auslandes appellieren zu müssen angesichts des allgemeinen Interesses, Deutschland und damit Europa vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Die ersten, aber doch von Übersticht auf eine Gesundung Deutschlands getragenen Ausführungen wurden mit warmem Beifall aufgenommen.

Die Prioritätsfrage vor der Reparationskommission.

Paris, 18. Dez. Wie der offiziöse „Petit Parisien“ mitteilt, scheint es sicher zu sein, daß der deutsche Antrag, der das Vorrangrecht für den deutschen Lebensmittelpolitik in Amerika verlangt, auf die Opposition der belgischen und französischen Delegation stößen wird. In der politischen Kreise Frankreichs nimmt man an, daß die Reparationskommission in ihrer nächsten Sitzung beschließen wird, das deutsche Ersuchen um die Priorität für die amerikanischen Lebensmittelpolitik den beteiligten Regierungen zur Entscheidung zu unterbreiten, weil nur die Regierungen das Abstimmen

über die Verteilung der deutschen Zahlungen überbrücken können.

Eine russische Note an Amerika.
Washington, 18. Dez. Die Note des russischen Volkswirtschaftsministers für das Auswärtige, Zschitscherin, ist nun in den Händen des Staatssekretärs. Sie spricht von dem aufrechten Wunsch Sowjetrusslands, mit den Vereinigten Staaten in ein festes Freundschaftsverhältnis zu kommen und einen gegenseitigen Vertrag über Interkontinentalhaltung in allen inneren Angelegenheiten des anderen Landes zu schließen.

Die griechischen Wahlen.

Athen, 18. Dez. Die Wahlen in Griechenland sind in aller Ruhe vor sich gegangen. Ungefähr ein Viertel der Bevölkerung hat sich überhaupt der Wahl enthalten. In Athen wählten von 109 000 Wahlberechtigten rund 70 000. Fast die gesamte Liste der nicht republikanischen Liberalen wurde in Athen gewählt; in Mazedonien und in Thrazien Republikaner. Die Kandidaten der Venizelisten-Partei sind durchweg siegreich. Man schätzt, daß rund 280 Liberale und 120 Republikaner aus der Wahl hervorgehen werden.

Die Sitzung des Völkerbundesrates. Der Völkerbundesrat beschäftigte sich mit der Ruhestörung und mit der Frage der deutschen Winderheiten in Polen, kam jedoch in keiner dieser Fragen zu einer Entscheidung.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 18. Dez.
Am vierten Tag der allgemeinen politischen Aussprache, am Dienstag, war zu Beginn ein Mißtrauensantrag der Kommunisten eingegangen: Der Landtag wolle aussprechen: Die Regierung besitz nicht das Vertrauen des Landtages.

Das Wort erhielt heute zunächst Staatsrat Nau, der Leiter des Arbeits- und Ernährungsministeriums: Die Wurzel unserer Not liegt nicht, wie von der Rechten und von der äußersten Linken übereinstimmend behauptet wurde, in den Fehlern unserer Wirtschaftspolitik, sondern in dem Diktat von Versailles und seinen wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen. Der Redner bespricht die verschiedenen Maßnahmen, die getroffen wurden. Der Behauptung, die innere Kaufkraft der Rentenmark sei bereits wieder im Schwinden begriffen, könne nicht entschieden genug entgegen getreten werden. Es liege auch nicht der geringste Anhaltspunkt für die Möglichkeit dieser Annahme vor, eher lasse sich das Gegenteil sagen. Die soziale Befreiung dürfe nicht über Bord geworfen werden. Der Uebergang von der gebundenen in die freie Getreidewirtschaft hat sich in Württemberg ohne nennenswerte Störungen vollzogen und die Brotversorgung ist gesichert; ebenso konnte auch die Winterbedeckung mit Kartoffeln in den Städten ermöglicht werden. Die Brotversorgung wurde erleichtert durch den günstigen Ausfall der diesjährigen Ernte, der in Württemberg um 38,7 Prozent im Reich sogar um 40 Prozent besser war als 1922. Trotzdem werden wir noch auf einen Bezug von 1—2 Millionen Getreide aus dem Ausland angewiesen sein. Gegenüber den Auswüchsen der Kartell- und Syndikatswirtschaft werden wir in Berlin für eine nachdrückliche Durchführung der neuen Reichsverordnung gegen diese wirtschaftlichen Machtgruppen eintreten. Die Zahl der Erwerbslosen, die in Württemberg am 1. Januar noch 733 betrug, ist seitdem stetig gesunken und hat am 1. Dezember die Zahl 28 396 erreicht, wozu noch rund 130 000 Kurzarbeiter kamen, so daß in Württemberg zurzeit nur noch 25 Prozent aller Arbeiter voll beschäftigt sind. Eine ganze Reihe von Arbeiten sind bereits gestellt und in Angriff genommen worden für die Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge, u. a. die Fortführung der Stauffe Oberrödingen. Geplant ist auch die Ernennung eines besonderen staatlichen Kommissars für die Beschaffung von Notstandsarbeiten. Wegen Leistungswucher mußte in letzter Zeit gegen verschiedene Kreditinstitute eingeschritten werden. Eine letzte Besserung der Wirtschaftslage bahnt sich an. Ein zäher Wille muß aber alle Kreise beherrschen, wenn wir aus dem Zusammenbruch herauskommen wollen.

Abg. Wides (D.V.) widmet der deutschen Bevölkerung, namentlich auch der Arbeiterklasse und den Beamten des besetzten Gebiets warme Worte des Dankes und der Anerkennung. Die fortwährenden Regierungsversuche schreien nachgerade zum Himmel. Abg. Wides hatte nichts als Hohn und Spott für den Versuch, die bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. Unter dem überwiegenden Einfluß des unabhängigen Flügel der Sozialdemokratie mußte dieser Versuch allerdings misslingen. Der Redner wies dann darauf hin, daß sowohl aus den Kreisen der Industrie wie auch der Beamtenchaft in zunehmendem Maße immer größere Unzufriedenheit über unseren Gesandten in Berlin laut werde. Dem Ernährungsminister, wie auch dem Beamtenabbau stimmt der Redner mit Einschränkungen zu.

Abg. Ströbel (D.V.): Mit dem Verlangen eines Ernährungsgesetzes hat der Parlamentarismus abgewirtschaftet. Die Verreichlichung des Steuerwesens muß möglichst bald fallen und die Zentralisation auch auf anderen Gebieten wieder beseitigt werden. Der nächste und unmittelbare Anstoß zur Auflösung des Beamtenkörpers war der Achtundtag, die Folge der sozialdemokratischen Politik; jetzt kommt allerdings das Ende nach: bei halber Gehalt haben die Beamten und staatlichen Arbeiter 24 Stunden zu arbeiten und verdiente Beamte sollen entlassen werden. In Württemberg sind die Bauern noch nie so geknebelt gewesen, wie gerade jetzt. Es hat sich deshalb auf dem Lande ein Maß von Unzufriedenheit und Erbitterung erzeugt, von dem die Regierung keine Ahnung zu haben scheint. So wurde kürzlich in einer Bauernversammlung das Wort gesprochen: „Im Sommer müssen wir arbeiten, das wir schweigen; im Herbst freuen wir uns, das wir schweigen; und im Winter sperrt man uns ein!“ (Heiterkeit)

Mittwoch Fortsetzung.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 19. Dezember 1922.

* Die erste höhere Justizdienstprüfung haben u. a. besprochen und sind zu Referendaren bestellt worden Dittus, Wilhelm, von Wari und Klais, Georg von Pfalzgrafenweiler.

Fahrtplanänderung auf der Kräftepostlinie Altensteig-Simmersfeld. Vom 20. Dezember d. J. an verkehren die Kräfteposten auf dieser Linie Montags, Mittwochs und Freitags wie folgt:

8 29	ab	Altensteig Bahnhof	an	—
8 35	an	Postamt	ab	—
8 40	ab	„	an	2.35
8 54	ab	Hofbrunn	ab	2.24
8 57	ab	Strehle nach Beuten	ab	2.21
9 10	ab	Stimmensweiler	ab	2.10
9 15	an	Simmersfeld	ab	2.05

An den übrigen Werktagen wird ein Vortag ausgeführt. (Altensteig an 2.00 ab 3.00. Simmersfeld an 5.15, ab 12.15).

* Kriegsgräberfürsorge. Schwere Not laßt auf unserem Volk. Aus fast allen Geschlechtern blüht Sorge, oder gar Hunger. Dazu steht die Not vor der Tür und weckt Schmerzhaft die Erinnerung an eine glücklichere Vergangenheit — aber auch an liebe Angehörige und Freunde, die uns der Krieg entzogen hat. Fern in fremden Ländern liegen hundertaufende von Gärten deutscher Soldaten, sie zu pflegen ist eine Ehrentaufel des deutschen Volkes. Der „Volkshund deutscher Kriegsgräberfürsorge e. V.“ hat die Aufgabe übernommen, sie aber auf die finanzielle Unterstützung des Volkes angewiesen. Wie im laufenden Jahre wird der Bund auch für 1924 „Patronate für den Schutz der deutschen Kriegsgräber“. Die zum Mindestbetrage von zehn Goldmark ausgeschrieben Patronate werden auf die Tage des Jahres 1924 verteilt; die Inhaber, soweit sie nicht anders bestimmen, auf allen Bundesbüros des besterfahrenen Tages vermerkt. Patronatsbeiträge und Spenden jeder Art nimmt der Volkshund unmittelbar in der Geschäftsstelle Berlin W. 10, Marktstraße 17, II oder auf seinem Postkontokonto Berlin N. W. 7, Nr. 816 48 entgegen und legt schon hier allen Gönnern aufrichtigen Dank. Bestätigungen werden aus Sparamtsgründen nur auf Wunsch erteilt.

Winterabende. Es senkt sich die Dämmerung allzu früh nieder, wir haben die langen Abende, wo der Sturm draußen um die Häuser segelt und der Regen an die Scheiben klopft. Der Winter ist da. Das ist die Zeit, da sich die Familie um die trauliche Lampe schart und am mollen Ofen, abgeschliffen vom Welgerichte, alles gedenkt, was schlicht und einfach zum Herzen spricht. Das ist auch die Zeit des guten Buches, sei es, daß sich jeder nach Alter und Geschmack seine eigene Kost sucht, oder was noch viel schöner ist, daß die Mutter oder jemand vorliest und die andern still und aufmerksam lauschen. Wir sollten diese Familienkreise heute mehr pflegen, wie irgend sonst keine hier Gemeinschaftsgeist und entwickelt sich lebendiger Familieninn. Gleiche Gedanken beherrschen alle, der gute Samen der vom guten Buche ausgeht, setzt sich gleichzeitig in alle Herzen, wirkt im gegenseitigen Gespräch und Gedanken Austausch fort und bringt hundertzählige Frucht. Was uns heute notat, ist eine edle Gesinnung, eine Stärkung und Kräftigung der Seele gegenüber der zunehmenden Gegenwart, ein Wachstum des Guten trotz allem Elend und auch im grauen Alltag manchmal ein bißchen Frohsinn. Das alles gibt das gute Buch uns Allen und mehr noch den Jungen, die noch wachsen müssen, noch bildsam sind, und die wir für den feinsten Weg auszurufen haben, der ihrer harte und den nur starke Seelen sicher durchschreiten. Die Winterabende machen empfänglich, ruhen wir sie aus. Und wenn das Weihnachtsgeschehen kommt, dann mag auf dem Geben auch ein gutes Buch nicht fehlen. Die treue Mutter denkt auch an die geistige Nahrung ihrer Kinder, der kleinen wie der großen, und vergißt nicht, rechtzeitig vorzulegen.

Stimmensweiler, 19. Dez. (Auswanderer.) Heute verließ ein 21-jähriger Bargesohn unsere Gemeinde, um in den Vereinigten Staaten von Nordamerika sein Glück zu suchen. Am Vorabend brachte ihm der Gesangchor ein Gedächtnis, nachher war eine schlichte Abschiedsfeier im Gasthaus z. Dirsch. Auf geschmücktem Wagen begleiteten ihn seine Altersgenossen auf den Bahnhof, wo dem Scheidenden noch ein Abschiedslied gewidmet wurde. Wir wünschen ihm viel Glück in die neue Heimat.

Auch von Spielberg wurden heute wieder 3 junge Leute, die nach Nordamerika auswandern, mit geschmückten Wagen von Angehörigen und Altersgenossen auf die Station Altensteig begleitet.

Stuttgart, 18. Dez. (Indexrückgang.) Wie vom Stadt-Statistischen Amt für den 17. Dezember errechnete Indexzahl zeigt, verglichen mit dem 13. Dezember, einen weiteren Preisrückgang um ungefähr 8 Prozent.

Der Prozeß gegen Körner jung. Seit zwei Tagen verhandelt das Schwurgericht gegen Theodor Körner jung, den Geschäftsführer des Bauernbundes, wegen zweier Artikel in der „Schwäbischen Tageszeitung“, in denen unter dem Titel „Gefahr in Bezug“ die Bauern aufgefordert wurden, den Stuttgarter Markt zu meiden, da verschiedene Erzeuger dort bedroht und beleidigt wurden und andererseits die Wucherpolizeibeamten etwas brutal vorgingen. Die Bauern sollten „andersrum“ ihre Erzeugnisse absetzen. In einem weiteren Artikel wurden die Landwirte vor „unüberlegten Getreideverkäufen gewarnt“. Man sieht daraus, daß es sich vorwiegend um einen politischen Prozeß handelt. Der Angeklagte will seinen Anlauf nur so verstanden wissen, daß die Bauern vor sich den geschützten werden sollten. Er habe bei der Abfassung des Artikels die Unruhen in Berlin, Breslau, Biberach und anderen Orten im Auge gehabt, wo „Radikaler“ mit den Verkäufern auf den Wochenmärkten über



umgegangen sein. Ueberdies habe er von einem Auslehrer in der Markthalle sich sagen lassen, es gehe dort jeden Tag so zu, daß man nicht wisse, wann Mehl und Teigschlag an der Tagesordnung sein werden. Mit dem Aufruf habe auch der Regierung eingeholt werden sollen, daß sie die Bauern vor Beschäftigungen schütze; den Geheeren hätte er klarmachen wollen, daß man niemand zum einen könne, sich Beschäftigungen auszuweisen. Auf Eingaben habe die Behörde nicht geantwortet; gleichwohl rief er solche wiederholt an das Ernährungsministerium, an erdings mit dem Erfolg, daß er wegen Ungebühr in eine Geldstrafe von 25 Goldmark genommen worden ist. Die Wucherpolizei sei ebenso schuldig wie er, weil sie durch ihre Tätigkeit die Bauern von der Beschäftigung des Marktes abhalte. Mit dem Aufruf, das Getreide zurückzuhalten, hätten die Bauern vor Dummheiten gewarnt werden sollen; die Einwirkung habe seinen Aufbruch genommen. Wenn alle Eigner ihr Getreide verkauft hätten, wäre der Verbrauch nicht aufnahmefähig genug gewesen, den Vorteil würde dann der Handel gehabt haben.

Der Verweser des Ernährungsministeriums, Staatsrat Rau, sagte als Zeuge aus, daß er den Körnerischen Aufruf als eine Gefahr für die Versorgung Stuttgarts angesehen und deshalb telegraphisch Anweisung gegeben habe, das Ausschließen zu verhindern. Diesem sei ihm gemeint worden, daß die nächsten Märkte fähig er beschaffen worden seien. Reichsernährungsminister Luther habe gesagt, die Aufforderung zur Zurückhaltung der Getreidevorräte sei eine Gefahr für die Versorgung und ein Verbrechen. Die Zeugen aus landwirtschaftlichen Kreisen bestätigten eine scharfe Behandlung, Veteidigung, selbst Tätlichkeiten durch Beamte der Wucherpolizei, die sie selbst erfahren und beobachtet hätten, dagegen wurde der uniformierten Polizei in ihrem dienstlichen Vorgehen ein gutes Zeugnis ausgestellt. Staatsrat Rau bestätigte, daß die Regierung über die zu befürchtenden Folgen des Körnerischen Aufrufs in erster Sorge gewesen sei. Ebenfalls sagten Sachverständige aus, daß nach Erscheinen des Körnerischen Aufrufs die Veteidigung des Stuttgarter Marktes, besonders des Obstmarktes, deutlich nachgelassen habe. Der als Zeuge vernommene Direktor des Landwirtschaftl. Hauptverbandes, Bräuninger, stellte sich auf den Standpunkt Körners.

Staatsanwalt Kirn sagte in seiner Anklage: Theodor Körner hat in seinem Blatte nicht aufgehört, zu behaupten. Daß sich der sonst ruhige und bedachte württembergische Bauer zu einem Vorgehen wie bei den Wimmer-Anrufen habe hinreißend lassen, sei zum großen Teil auf die heftige Tätigkeit seiner Presse zurückzuführen. Körner sei es nicht um ein Schicksal der Landwirte zu tun gewesen, die Versorgung politischer Ziele sei für ihn im Vordergrund gestanden. Den Hauptvorwurf machte er Körner in der Aufforderung, die Erzeugnisse „andersrum“ zu verkaufen, dessen Sinn nicht mißverstanden werden könne und preistreibend wirken müsse. Im zweiten Artikel legte er das Schwergewicht auf die Stelle „Euer Getreide ist Euer Geld“, worin er die Aufforderung erwidert, Getreide nur gegen Goldgeld oder Dollars abzusetzen.

Stuttgart, 18. Dez. (Urteil im Prozeß Körner.) Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen auf Aufreizung zum Klassenhaß, Verächtlichmachung von Behörden, Verbreitung von entstellten und unwahren Nachrichten, Preistreiberei, und Aufforderung zur Zurückhaltung von Waren, worauf das Gericht den Angeklagten Theodor Körner jung wegen großen Unfalls zu 4 Wochen Haft und seinem Bruder Hermann Körner, den verantwortlichen Schriftleiter der „Schwäbischen Tageszeitung“ zu zwei Wochen Haft verurteilte.

Mün., 18. Dez. (Verurteilung.) Zum städtischen Kunstwart und Leiter des städtischen Gewerbemuseums in Ulm ist vom Gemeinderat Professor Dr. Julius Baum am Landesamt für Denkmalpflege und Dozent an der Technischen Hochschule in Stuttgart gewählt worden.

Mün., 18. Dez. (Strafkammer.) Wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses wurde Oberpostsekretär Witzmann zu 300 Goldmark Geldstrafe verurteilt. W. hat ein Telegramm, das ein Führer der Ulmer Deutschen Nationalen zur Hülfszeit nach München schickte, unterschlagen und dem Sekretär seiner Partei (soz. dem.) Abg. Huggaber, übergeben. Das Gericht war mit vollem Recht der Ansicht, der Angeklagte hätte das Telegramm, wenn es nach seiner Ansicht eine Gefährdung der Republik bedeutete, seiner Vorgesetzten vorlegen sollen. Ein Disziplinarverfahren wird noch nachfolgen.

Hüttisheim, O. A. Luppheim, 18. Dez. (Brand.) In der Scheuer des Landwirts Josef Schleder brach Feuer aus, das die Scheuer vollständig einäscherte.

Heberlingen, 18. Dez. (Beschlagnahmtes Flugzeug.) Borige Woche wurde hier ein Fluggeschwader beobachtet, das von Tübingen kommend, in östlicher Richtung den Ort überflog. Einer der Flieger mußte im fog. Viehweg eine Notlandung vornehmen. Das Flugzeug wurde beschlagnahmt.

Wangen i. A., 18. Dez. (Frauenertölg.) An der Milchwirtschaftlichen Lehranstalt hier bestand die Dreiwöchentliche Leontissa Stapsler, gebürtig aus München, die Meisterprüfung im Käseerzeugnis. Sie ist die erste deutsche Frau, die die Meisterprüfung im Käseerzeugnis bestanden hat.

Wangenargen, 18. Dez. (Fischfänge.) Die Berufsfischer haben in den letzten Tagen zum Teil sehr schöne Ergebnisse bei ihren Bauselchensfängen gehabt.

Wegingen, 18. Dez. (Weihspende.) Auf Veranlassung des Fürsten von Hohenzollern hat der König von Rumänien den Städten Wegingen und Sigmaringen je einen Wagon Mehl geschenkt. Zwei Stadtverordnete haben erklärt, sie möchten es für ihre Person ablehnen, von dem „Vertreter Deutschlands“ etwas annehmen.

Vörsach, 16. Dez. (Schweizer Milch.) Seit der Einführung des werbefähigen Geldes hat die Verlieferung des Viehfentes und des oberen Rheintales mit Schweizer Milch wieder erheblichen Umfang angenommen. Der Preis für Schweizer Vollmilch beläuft sich auf 35 Pfg. und für Magermilch auf 15 Pfg. Da die deutschen Landwirte 25 bis 30 Pfg. für den Liter Milch verlangen, wozu noch die tütere Bahnfahrt kommt, so nimmt das Hamstern der Milch in den deutschen Landorten immer mehr zu.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Konferenz der Ernährungsminister. Unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Grafen Kamitz beginnt am Mittwoch in Berlin eine Konferenz der Ernährungsminister der deutschen Länder.

Dr. v. Krause. Am Montag vormittag verschied Staatssekretär Dr. v. Krause, Ehrenvorsitzender der Deutschen Volkspartei im 72. Lebensjahre. Dr. v. Krause war lange Zeit Vizepräsident des preussischen Landtags.

Die Kulturträger am Rhein. Ohne jeden stichhaltigen Grund haben die französischen Besatzungsbehörden neulich wieder drei evangelische Pastoren aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen, einen von ihnen nach dreiwöchentlichem Dunkelarrest. Auch haben Separatistengruppen in Koblenz unter Mitwirkung der Franzosen die Schloßkirche geplündert.

ep. Vom Deutschen ev. Kirchenausschuß. Der Deutsche ev. Kirchenausschuß hat kürzlich in bedeutungsvollen Beratungen einen Aufruf erlassen zur Nothilfe für die evangelische Kirche des besetzten Gebiets, über die Notlage der Kirchendiener in zahlreichen deutschen Gebieten sowie über den Kampf gegen die jetzt bestehenden Wirkungen des politischen, wirtschaftlichen und sittlichen Niedergangs verhandelt und zu letzterem Zweck ein möglichst enges Zusammengehen der Kirche mit den freien evangelischen Organisationen vorbereitet. In den Verhandlungen über die Festlegung des Osterfestes will sich der Deutsche ev. Kirchenausschuß beteiligen und die Bestrebungen des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen sowie der internationalen Konferenz für praktisches Christentum nach Kräften fördern.

Zur Frage der Hypothekenaufwertung.

Man schreibt uns: Die Entscheidung des Reichsgerichts in Leipzig betreffend Aufwertung von Hypotheken usw. hat in vielen Herzen neuen Lebensmut ausgekostet. Leider wurde diese Weihnachtsgabe durch den Reichsfinanzminister wieder weggenommen. In der dritten Steuernotverordnung soll die Aufwertung verboten werden. Es hat also den Anschein, als ob die Regierung tatsächlich jeden Sparankelstimm aus dem Volk ausrotten wollte. Denn wer auf diese Weise seines Vermögens beraubt wird, wird nie mehr sparen. Witwen und Waisen (Mündelgelder), alte Leute, welche nicht mehr arbeiten können, haben die Folgen dieses Beschlusses zu tragen. Der Reichsfinanzminister hat das allem Anschein nach nicht in Erwägung gezogen. Der Reichsfinanzminister sollte feststellen lassen, wie viele deutsche Staatsangehörige durch sein Gesetz zu Bettlern gemacht werden, wie hoch sich die dadurch entstehenden Armenunterstützungen belaufen und wie viele Inflationssteuern wirklich eingehen und wie hoch sich die Sozialausgaben belaufen.

Wozu Inflationssteuern? Ihr Regierenden verheißt den Witwen und Waisen, unseren Alten und Schwachen wieder zu ihrem sauer erparten Geld und dies wird zur Selbstdenken der Staatskassen beitragen! Ich habe zu den deutschen Richtern und Vertretern des deutschen Volkes so viel Vertrauen, daß ich glaube, daß sie ihre ganze Kraft einsetzen werden, um der Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen. Die Weltgeschichte wird einmal diejenigen, welche derartige Ungerechtigkeiten sanktionieren, als die größten Räuber und Verbrecher bezeichnen. Wer Schulden macht, tut dies doch im allgemeinen nur deshalb, um sich Werte anzuschaffen, während der andere, welcher Geld ausgeliehen hat, doch glauben mußte, daß es ihm in gleicher Güte zurückbezahlt wird!

Der Hypothekengläubiger-Schutzbund in Stuttgart hat an den Reichstag, den Reichsrat, die beteiligten Reichsministerien, den Reichswirtschaftsrat, sowie an den Württ. Landtag, das Württ. Staatsministerium, das Württ. Justizministerium und das Württ. Finanzministerium eine dringende Eingabe gerichtet, in welcher nachdrücklich Verwahrung eingelegt wird gegen die Absicht der Reichsregierung, die auf Kosten der Hypothekengläubiger und anderer Geldgläubiger gemachten Gewinne für das Reich zu beschlagnahmen. In der Eingabe ist u. a. ausgeführt:

Die Rechtsprechung — insbesondere die Reichsgerichtsentcheidung vom 28. November — eröffne den Gläubigern die Aussicht, daß sie wenigstens einen Teil ihres Vermögens wieder erlangen können. Nachdem die Rechtsprechung „Treu und Glauben“ wieder hergestellt und damit dem einfachsten Rechtsempfinden genügt wissen wollte, könne das Reich nicht von dieser Rechtsgrundlage abgehen und nicht Bestimmungen erlassen, die auf das Gegenteil hinauslaufen. Die Schadensgemeinschaft des deutschen Volkes verlangt gemeinsames Tragen der Lasten. Die Enteignung einzelner — zumal wirtschaftlich Schwacher — verstoße gegen die Grundgesetze eines geordneten Staatswesens. Der Schutzbund bitte daher dringend, daß die Rechte der Gläubiger auf angemessene Aufwertung ihrer Geldforderungen eine gesetzliche Grundlage erhalten und daß die Finken der Geldentwertung endlich angepaßt werden. Falls sich die Reichsregierung dazu nicht entschließen könne, so ersuche der Verband, wenigstens der Rechtsprechung freien Lauf zu lassen und keine Maßnahmen zu treffen, die eine Wiedergutmachung ausgeschlossen unermöglich machen würden.

Heiteres.
Offenherzig. — „Suchen Sie Arbeit?“ — „Nein, Verdienst!“
(„Regendörfer Blätter“.)
Der künftige Fremdenführer. — „Sie besitzen ja eine fabelhafte Kenntnis der Familiengeschichte, Johann.“ — „Ja, der Herr Baron haben doch bestimmt, wenn der Herr Baron tot sind, soll das Schloß als Ehrenwürdigkeit erhalten bleiben.“
(„Regendörfer Blätter“.)
Begrifflich. — „Ich gratuliere zur spanischen Verlobung — wie heißt denn deine Braut?“ — „Balesca heißt sie — aber ich verplappere mich meistens und sag' „Baluta“.“
(„Regendörfer Blätter“.)
Zeltwäg. — „Wie alt sind Sie denn, lieber Herrlein?“ — „Sechszwanzig Jahre vorüber.“ — „Das ist wohl die Grundzahl — und der Multiplikator?“
(„Regendörfer Blätter“.)

Ein bedauerndes Kind. U.: „Wie steht es denn eigentlich mit eurer Einkaufsgenossenschaft?“ — V.: „Ach, die Sache kommt im Leben nicht zustande. Es redet auch schon gar kein Mensch mehr davon. Das war eben ein totes Kind, das sich im Sande verlaufen hat.“
(„Regendörfer Blätter“.)

Handel und Verkehr.

Kauf. Berliner Zebisenkurse vom Dienstag, 18. Dez. (Die Notierungen sind in Milliarden Mk. zu lesen.)

1 Dollar: Berlin 4189,500 G., 4210,500 Br.

1 Goldmark: Briestkurs Berlin 1002,5. Mittelkurs 1000,0.

Amsterdam 1596 G., 1604 Br.
Brüssel 191,52 G., 192,48 Br.
Christiania 626,43 G., 629,57 Br.
Kopenhagen 748,125 G., 751,875 Br.
Stockholm 1105,23 G., 1110,77 Br.
Italien 181,545 G., 182,455 Br.
London 18354 G., 18446 Br.
Paris 221,445 G., 222,555 Br.
Schweiz 730,17 G., 733,83 Br.
Spanien 548,625 G., 551,375 Br.
D.-Oesterreich 0,059450 G., 0,059740 Br.

Wirtschaftszahlen vom Dienstag

Wertbeständiges Geld:
2,10 Goldmark = 2100 Milliarden Papiermark
1,05 „ = 1050 „ „ „ „
0,42 „ = 420 „ „ „ „
0,21 „ = 210 „ „ „ „

Wertbeständiges Städtgeld:
1,00 Goldmark = 1000 Milliarden Papiermark
0,50 „ = 500 „ „ „ „
0,20 „ = 200 „ „ „ „

Goldfranken 1 Fr. = 1000 Ma.
Goldkaufpreis 1 Kilo = 640 Dollar.
Silberkaufpreis 1 Silbermark = 400 Ma. Papierm.
Lebenshaltungsinde (10. Dez.) 1269 Ma.-fach.
Stuttgarter Index (8. Dez.) 1193,6 Ma.-fach.
Lebensmittel (Großhandel, 11. Dez.) 1125 Ma.-fach.
Großhandelsindex (11. Dez.) 1274,5 Ma.-fach.
Einfuhrwarenindex (11. Dez.) 1557 Ma.-fach.
Inlandswarenindex (11. Dez.) 1218 Ma.-fach.
Industriestoffe (11. Dez.) 1554 Ma.-fach.

Allgauer Butter- und Käsebörsen, 15. Dez. Butter 1,86—1,95 G.M., grüner Weichkäse 0,27—0,29 G.M., konsumreifer Weichkäse 0,45—0,48 G.M., konsumreifer Rundkäse 1—1,35 G.M. Nachfrage nach Butter infolge des Weihnachtsgeschäfts sehr gut; bei Weich- und Rundkäse ist die Nachfrage sehr ruhig.

Kauf. Berliner Produktnotierungen vom 18. Dez. (In Goldanleihe oder Rentenmark.): Weizen, märk. 166—167; Roggen märk. 144—147, etwas matter, pomm. 143—144, westpreuß. 142—143; Sommergerste 158—162, fest; Haber, märk. 124—128, etwas matter, westpreuß. 118—120. Weizenmehl 25—29, behauptet; Roggenmehl 24—26,5, ruhig; Weizenkleie 7,25 bis 7,5, ruhig; Roggenkleie 7—7,25; Raps 265—270; Viktoriaerbsen 44—48; H. Speiseerbsen 25—27; Bohnen 14—17; Ackerbohnen 14—16; Widen 16—18,5; blaue Lupinen 15—20, gelbe 16—22; Erbsen 192 16,5—20; Rapskuchen 11,25—11,75; Kartoffelflocken 17 bis 18.

Stuttgarter Marktpreise vom 18. Dez.: Die Märkte sind gut besetzt, die Richtpreise für Obst unverändert: Edeläpfel 20—22 (alles in Goldpfennig), Tafeläpfel 15—20, Spalterbirnen 25—30, Tafelbirnen 15—25, Rüsse 90—110, Schnitze 30—35, Dörrweitschgen 35 bis 45. Gemüse: Kraut 1,5—1,8, Kohlrab 5—8, Röhrl 5—8, Grünkohl 8—12, Zwiebeln 15—20, Spinat 20—30, gelbe Rüben 4—8, rote Rüben 7—10 je Pfd., Blumenkohl 30—80 das Stück, Kartoffeln 5 bis 6 das Pfd., Kasserer und frische 20, Fleckerl 15 das Stück, Erbsen 35—40, Bohnen 38—40, Pansen 38—40, Kunzbohnen 80, Haberflocken 35, Sauerkraut 10, Wienbohnen 200 das Pfd., Fett: Butter 280, Schweineschmalz 100—110, Margarine 80—95, Schmelzmargarine 90—100, Palmöl 80—85, Kokosfett 78, Speisefett 90, Fettgänse 140—160, Salatzl 160, Käse: Emmentaler 210—220, Schweizer 200, Zister 140 bis 180, Rahm 160—170, Backstein 80—90.

Letzte Nachrichten.

Die Verhandlungen mit Frankreich und Belgien.
 BZB. Berlin, 18. Dez. Der „Berliner Volksanzeiger“ teilt mit, daß die direkten Verhandlungen mit Frankreich und Belgien von der deutschen Reichsregierung mit allem Nachdruck weiter verfolgt würden. Innerhalb der Reichsregierung würde das in Betracht kommende Material bearbeitet, damit der deutsche Geschäftsträger in Paris vielleicht bereits in wenigen Tagen in der Lage ist, bei dem französischen Ministerpräsidenten abzufragen. In erster Linie werde es sich darum handeln, die Frage der Wiederherstellung der deutschen Verwaltung an Rhein und Ruhr zu regeln. Es wird ein direkter Meinungsaustrausch darüber erstrebt, wie die Rückführung der deutschen Beamten, die Freilassung der Gefangenen und die Wiederinstandsetzung des Verkehrs durchgeführt werden kann. Die Lösung der Frage der Neubestimmung des Pariser Vorkriegspostens werde weiter durch die deutsche Regierung erstrebt.

Neue Verhaftung.

BZB. Mannheim, 18. Dez. Gestern vormittag wurde der Inspektor Jung vom Statistischen Amt Ludwigshafen von der französischen Polizei verhaftet.

Die Sozialdemokratie und der Ausnahmestand.

BZB. Berlin, 19. Dez. Dem „Vorwärts“ zufolge wandte sich der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei an die Reichsregierung wegen der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. Gleichzeitig legte er der Regierung nahe, dem Reichstag bald den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das die Ausübung des § 48 der Verfassung auf die Grenzen beschränken soll, die den Vätern der Weimarer Verfassung damals vorgeschwebt hat.

Die franz.-belg. Eisenbahntregie.

BZB. Dortmund, 18. Dez. Die französisch-belgische Eisenbahntregie hat auf Grund der Mainzer Vereinbarungen zwischen der deutschen Eisenbahn und der Regie bei dem Berliner Hauptwagenamt 8000 Wagen täglich für das Ruhrgebiet angefordert. Mit über 100 Eisenbahnzüge sind dorthin zum Ruhrgebiet in Gang gesetzt worden und werden täglich dorthin abrollen. Die französische Regie wird nunmehr zeigen müssen, bis zu welchem Grade sie die Leistungsfähigkeit der von ihr verdrängten deutschen Eisenbahnverwaltung zu erreichen in der Lage ist. Davon wird es auch abhängen, ob das Wirtschaftsleben des Ruhrgebietes wieder in Gang kommen kann oder nicht.

Nach ein Widen der westlichen Kohlenpreise.

BZB. Berlin, 18. Dez. Bekanntlich lazen die Kohlenpreise des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirkes wegen der besonderen Produktionschwierigkeiten dieses Gebietes erheblich über den Kohlenpreisen des unbesetzten Deutschland. Wie bereits aus Offen gemeldet wurde, ist es nun möglich gewesen, einen Abbau der westlichen Kohlenpreise vorzunehmen und sie damit den Kohlenpreisen des unbesetzten Gebietes anzunähern.

Schwere Kämpfe in Argila.

BZB. Paris, 19. Dez. Nach einer Vorwarnung aus Veracruz ist seit vorgestern Abend eine erbitterte Schlacht um den Besitz von Apcazo im Staate Tlaxcala zwischen den Bundesstruppen und den Aufständischen im Gange. Einzelheiten fehlen noch. Aus Veracruz sind den Aufständischen Verstärkungen geschickt worden. Die Truppen des Generals Obregon greifen die Aufständischen bei San Marcos an.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
 Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Inserate haben besten Erfolg!

Die Gemeinde Sarweiler
 verkauft am Freitag, den 21. d. Mts., nachm. 2 Uhr
 auf dem Rathaus etc.

38 Festmeter Langholz
 und
16 Raummeter Kollenholz.
 Zugleich verpachtet die Gemeinde einen
Sätag auf der Kohlsägmühle
 und den
Ertrag von 36 Ar Wässerungswiese
 im Ginkbachtal auf das Jahr 1924.
 Gemeinderat.

Altensteig.
 Zu passenden
Weihnachts-Geschenken
 empfehle ich mein Lager in
 elektr. Schnellkocher, Aluminium 1/2—1 1/2 l
 „ „ Messing vernick. 1/2—2 ltr.
 „ Kochgefäße Aluminium 0,6—1,2 ltr.
 „ Kochtöpfe „ 2—6 ltr.
 „ Kochplatten, 180, 210 u. 240 mm Durchm.
 „ Bratpfannen mit Stiel od. Griffen
 „ Bügel Eisen hochfein vernick. v. 2,5—4 kg
 „ Tauchsieder vernickelt
 „ Kochbänder von 100—200 mm Durchm.
 „ Feuerzeuge „Faschü“
 sowie alle in das Fach einschlagenden
 Heiz- und Kochapparate
 unter Zusicherung erstklassiger Fabrikate
 und billigster Bedienung.
ROBERT LUZ.
 !! Erleichterte Zahlungsbedingungen !!

Jugendbücher
 und
Bilderbücher
 in großer Auswahl
 in der
W. Rieker'schen Buchhandlg.
 Altensteig.

Altensteig.
 Kristallzucker
 Sandzucker
 Vanillezucker
 Backpulver
 Hirschhornsalz
 Haselnußkerne
 Orangeat
 Gewürze
 Teigwaren
 Erbsen
 Linsen
 und sonstige
 Kolonialwaren
 empfiehlt zu
 billigsten
 Tagespreisen
Paul Beck

Graue Haare
 u. Bart erig. gar. Naturf.
 u. Jugendholzung wieder b.
 meine i. 18 J. bewährte
 Haar-erhaltungsmittel
 2 fl. M. 6.- fr. Eisner,
 Stuttgart, Schloßstr. 67b

Küses-
papier
 und
Blumendraht
 empfiehlt
 die
W. Rieker'sche
Buchhandlung
 Altensteig.

Rehrdorf.
 Schönes
Weizenstroh
 kann abgeben
 Fr. Grischhaber.

Verkauf 2 1/2-jähriges braunes
Rasse-
Stutfohlen
 Näheres in der Geschäftsstelle
 dieses Blattes.

Ich empfehle als praktische
Weihnachts-Geschenke:
 Hemdenflanell von Mk. 1,10 an
 Unterrockbiber — Velour
 — Bettuchbiber —
 Einsatzhemden von Mk. 2,95 an
 Baumwollflanell-Hemden M.5.-
 Zafirhemden Mk. 8,50
 Wollshawl von Mk. 2,90 an
 Kindermäntel von Mk. 8.- an
 Damenmäntel von Mk. 19,50 an
 Herrenanzugstoffe
 in allen Preislagen u. Qualitäten
Phil. Bosch Nachf. Wildbad.

Eine große Auswahl
 OB

 Holz, Metall, Pappe,
 Gips, Elastolin etc.
 empfiehlt billig
Fritz Bühler jr.
 Altensteig.
 Bedeutend zurückgesetzt und
 besonders preiswert:
 2 Serien Gesellschafts-Spiele
 zu 20 und 50 Goldstg.

Mitrußig
Familien-
kalender
 für 1924
 sind zu haben in der
W. Rieker'schen
Buchhandlung.

Eine junge Rasse

Fahr-
kub
 hat zu verkaufen,
 wer? — sagt die Ge-
 schäftsstelle ds. Bl.

Verkauf 2 1/2-jähriges braunes
Rasse-
Stutfohlen
 Näheres in der Geschäftsstelle
 dieses Blattes.

Zum Weihnachtsbedarf empfehle ich für
Wirte und Wiederverkäufer
 mein gut sortiertes Lager in
Zigarren u. Zigaretten.
Wilhelm Frey, Altensteig
 Engrosgeschäft.

Taschenfahrpläne
 Winterdienst 1923/1924
 sind zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhandlung
 Altensteig.

